



Jutta Limbach, geboren 1934 in Berlin, wurde 1972 zur Professorin für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht und Rechtssoziologie an der Freien Universität Berlin berufen. In den Jahren 1987 bis 1989 gehörte sie als Mitglied dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an. Ab 1987 war Limbach Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Gesetzgebung. 1989 wurde sie Senatorin für Justiz in Berlin. In den Jahren 1992 und 1993 war sie Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission des Bundesrats und Deutschen Bundestages. Von 1994 bis 2002 war sie Präsidentin und Vorsitzende des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts. Danach leitete sie bis 2008 als Präsidentin das Goethe-Institut. Sie ist Mitglied im Stiftungsrat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels und war Vorsitzende des Deutschen Sprachrats, in dessen Auftrag sie 2007 das Buch *Ausgewanderte Wörter* herausgegeben hat. Ihre Veröffentlichungen umfassen nicht zuletzt auch Überlegungen zur deutschen Sprache und der europäischen Sprachen- und Übersetzungspolitik.

Die kulturellen Werte Europas

Jutta Limbach

»In Vielfalt geeint«

»In Vielfalt geeint«, so lautet der Leitspruch der Europäischen Union. Das kommt nicht von ungefähr. Die Europäische Gemeinschaft ist seit ihrer Gründung im Jahre 1956 von ursprünglich sechs auf inzwischen 27 Mitgliedstaaten angewachsen. Vor allem durch die Aufnahme der osteuropäischen Staaten ist die Europäische Union nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch kulturell verschiedenartiger als zuvor. Das bringt ohne Zweifel Chancen, aber ebenso gewiss Risiken mit sich. Denn auch – oder gerade – eine transnationale Gemeinschaft bedarf des Zusammenhalts, wenn sie sich in einer konfliktreichen Umwelt behaupten und den sozialen Frieden im Innern sichern will.

Bereits das Auseinanderfallen der EU-Staaten in die Koalition der Willigen und die der Unwilligen im Irakkrieg hat Unterschiede im politischen Denken der Mitgliedstaaten deutlich gemacht. Diese gründen sich nicht zuletzt auf unterschiedliche Erfahrungen zu Zeiten des Kalten Krieges, was die osteuropäischen Ländern in ihrer Sicherheitspolitik nach wie vor mehr auf die USA und die NATO als auf Westeuropa vertrauen lässt.

Seit dem Nein der Franzosen und Niederländer zum Verfassungsvertrag wächst die Einsicht, dass die Europäische Union ohne eine das »Markteuropa« transzendierende Idee, ohne ein soziales, geistiges und kulturelles Fundament nicht mehr auskommen wird. Die Tatsache, dass die Union das Jahr 2008 dem interkulturellen Dialog gewidmet hat, zeigt, dass sie dabei ist, im geistig-kulturellen Bereich ein neues Selbstverständnis zu entwickeln.¹

Welches sind nun die sozialen Bindekräfte, die ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl stiften und Orientierung in einer mehr und mehr entgrenzten Weltgesellschaft bieten können? Die Friedenssehnsucht, die die europäischen Völker nach dem Zweiten Weltkrieg einte, ist als Gründungslegende der europäischen Integration inzwischen verblasst. Und das, obgleich die Hoffnung nicht getrogen hat, dass die mit diesem Zusammenschluss bewirkte Verflechtung der Volkswirtschaften nationalistische kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich machen werde.

Die europäische Wertegemeinschaft

Wer heute die Frage nach den Identität und Zusammenhalt stiftenden Kräften beantworten will, beruft sich gern auf die europäische Wertegemeinschaft. Von der Kultur und der daraus erwachsenden Bildung erwarten wir, dass sie den Menschen Orientierung bietet, ein gemeinsames Denken und Wissen befördert und so einen gesellschaftlichen Zusammenhalt schafft. Doch was sind die Elemente einer solchen allen Europäern gemeinsamen Kultur? Gern wird auf das Christentum, die griechische Philosophie, das Römische Recht und die

Europäische Aufklärung verwiesen. Niemand wird dieses gemeinsame kulturelle Erbe leugnen. An seiner Zukunftsträchtigkeit lässt aber bereits das Fehlen eines einheitlichen religiösen Weltdeutungssystems zweifeln.²

Bereits für den modernen Nationalstaat ist es angesichts der »tiefgreifenden Säkularisierung und Pluralisierung der Weltbilder« schwierig, ein ethisches Minimum zu umschreiben, das Sinn stiftet und die Gesellschaft zusammenhält.³ Das gilt im gesteigerten Maße für die größere Gemeinschaft der Europäischen Union. In der sich mehr und mehr öffnenden Weltgesellschaft ist die Vorstellung von in sich geschlossenen Nationalkulturen fragwürdig geworden. Die Vielfalt der Kulturen, die wir seit jeher im Weltmaßstab kennen, erfahren wir in Europa seit den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auch innerhalb der nationalen und europäischen Grenzen. Die Vorstellung von einer einheitlichen nationalen oder europäischen Kultur ist wirklichkeitsfremd. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union – vor allem die westlichen – sind Einwanderungsländer mit kulturell gemischten Gesellschaften. Darum sollten wir Begriffe wie Kultur und Identität stets mit Vorsicht gebrauchen. Zu leichtfertig werden diese – das betont Peter Burke zu Recht – mit der Vorstellung von Einheitlichkeit/Homogenität, Grenzen und Konsens verknüpft.⁴

Man denke nur an den gern gebrauchten, aber gleichwohl fragwürdigen Begriff der Leitkultur. Schon wegen seines Beiklangs von nationaler oder europäischer Überheblichkeit sollten wir diesen aus dem Verkehr ziehen. Auch die besten Absichten der Verwender dieses Begriffs werden ihn nicht von dem Verdacht befreien, sich abheben und andere Kulturen ausgrenzen zu wollen.

Die gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen

Wer Loyalitäten zwischen den europäischen Völkern und ihren politischen Eliten begründen will, muss auf den Spuren des weiten Kulturbegriffs an der gemeinsamen europäischen Verfassungstradition anknüpfen. Dort haben wir einen gemeinsamen, bis in die Gegenwart fortwirkenden Fundus. So sind die Elemente des modernen Verfassungsstaates das Resultat einer konzertierten europäischen Aktion, die von der Antike bis zur Neuzeit reicht.⁵ Allerdings seien die USA – ursprünglich eine Gründung europäflüchtiger Menschen – in diesem Zusammenhang nicht vergessen.

So verdanken wir Griechenland die Idee der Demokratie, Großbritannien die parlamentarische Demokratie, Frankreich und den USA die Menschenrechte und die Gewaltenteilung, Italien und Spanien den Regionalismus, wiederum den Vereinigten Staaten von Amerika den Föderalismus und Deutschland eine ausgefeilte Jurisprudenz der Grundrechte. Nur wenn wir diese rechtlichen Errungenschaften hochhalten, die in politischen Kämpfen erstritten worden sind, werden wir Europa vor dem Rückfall in geistferne Machtideologien bewahren.

Das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im deutschen Grundgesetz symbolisiert die Abkehr vom menschenverachtenden Naziregime. Auch die Grundrechte-Charta der Europäischen Union beginnt mit diesem Leitprinzip vieler europäischer Verfassungen. Die Würde des Menschen, ob die des Mannes, der Frau oder des Kindes, die Wahrung ihrer körperlichen und geistigen Unversehrtheit, das Verbot jeder Erniedrigung und Diskriminierung wegen Hautfarbe, Religion, Sprache, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter oder Behinderung – all das sind verfassungsrechtliche Grundwerte in den europäischen Verfassungen. Bei diesen Werten sind keine Abstriche gestattet, auch nicht im Namen einer wie auch immer gearteten oder behaupteten kulturellen Besonderheit, auch nicht im Namen einer Religion. Hierbei geht es nicht um ausschließlich europäische, sondern vielmehr um westliche Werte. Zum Westen gehören nicht nur große Teile Europas, sondern auch die »großen, angelsächsisch geprägten Demokratien Nordamerikas, Australiens und Neuseelands«, wie Heinrich August Winkler treffend betont.⁶

Der Wertekanon im Vertrag von Lissabon verpflichtet die Union ausdrücklich auf die Achtung der Menschenwürde, auf Freiheit und Gleichheit, auf den Rechtsstaat und den Schutz der Menschenrechte. Der im Prozess der Verfassungsgebung seinerzeit umstrittene Bezug auf das christliche Erbe fehlt.

Gewiss, unser Grundgesetz kennt in seiner Präambel einen Bezug auf Gott. Doch der Gottesbegriff in diesem Dokument ist nicht mit dem christlichen Schöpfergott gleichzusetzen. Dieser lässt sich ohne weiteres mit den drei großen monotheistischen Weltreligionen – Christentum, Judentum und Islam – verbinden. Die Bezugnahme auf Gott symbolisiert die Abkehr vom totalitären Naziregime und seiner Ideologie. Die Schöpfer des Grundgesetzes wollten deutlich machen, dass der Mensch nicht allmächtig und nicht das Maß aller Dinge sei. Die im Grundgesetz betonte Verantwortung vor Gott ist daher ein Ausdruck der Demut des staatlichen Verfassungsgebers. Die Kernaussage dieser Gottesklausel ist die Einsicht in die Relativität staatlicher Macht: Sie dokumentiert das Selbstverständnis der Mitglieder des Parlamentarischen Rates, dass es überstaatliche Normen und Werte gibt, über die auch der Verfassungsgeber nicht verfügen kann.

Wer könnte bestreiten, dass das Christentum, so etwa der Papst in diesem Streit, als ein Stück des »religiösen Erbes« ein »Faktor der Identität« Europas sei. Doch in dem Vertragstext geht es um eine säkulare Angelegenheit. Und zu Recht wird vor allem von den Franzosen und Briten auf die Tatsache verwiesen, dass in den EU-Staaten neben Christen, Juden, Muslime (über 3 Millionen allein in der Bundesrepublik Deutschland), Agnostiker und Atheisten leben. Wie dem auch sei, gerade in heutiger Zeit gilt es die Einsicht hochzuhalten, dass nur der Staat und der Staatenverbund, der selbst in Glaubensfragen Neutralität bewahrt, die friedliche Koexistenz religiöser Überzeugungen

zu garantieren vermag. Der Bezug auf das christliche Erbe ist letztlich auch deshalb abzulehnen, weil er allzu leicht als Ausschlussargument missbraucht werden kann.

Die kulturelle Vielfalt in der Europäischen Union

Wir sollten unseren Ehrgeiz nicht nur auf das Herausfinden von Gemeinsamkeiten, sondern auch auf die Erkenntnis dessen ausrichten, was uns unterscheidet. Ob uns die europäische Integration glückt, hängt – so Andrei Pleșu – auch von »einer klugen Harmonisierung der Unterschiede« ab.⁷ Das Einebnen der kulturellen Unterschiede zwischen den Nationen und Regionen ist nicht das Ziel der europäischen Integration. Im Gegenteil: Die Zusammenarbeit in Sachen der Kultur soll deren Vielfalt erhalten. Demgemäß heißt es im Vertrag von Lissabon: »Die Union wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.«

Die Akzeptanz von Pluralität gehört zu den Charakteristika Europas. Hier ging und geht es zuallererst um religiöse Vielfalt. Wir wären völlig geschichtsvergessen, wenn wir das Zeitalter der Reformation und der Religionskriege ausblendeten. Die Ereignisse spalteten und verwüsteten Europa. Damit war die Frage nach der Pluralität aufgeworfen. Die Freiheit, einer der allgemein geteilten Werte Europas, trat zuallererst als Religionsfreiheit in Erscheinung – galt und gilt es doch, den unterschiedlichen christlichen Konfessionen und mehr noch den nicht-christlichen religiösen Traditionen in Europa Rechnung zu tragen.

Es mag auf den ersten Blick absurd erscheinen, dass sich ein Gefühl der Zusammengehörigkeit auf kulturelle Vielfalt gründen sollte. Wer wollte die Sprengkraft leugnen, die aus kultureller Verschiedenheit resultiert? Eingedenk der Tatsache, dass kulturelle Vielfalt zugleich Quelle von Reichtum, aber auch von Spannungen ist, sollten wir versuchen, die positiven Auswirkungen zu verstärken. Denn eine bewusst gelebte kulturelle Vielfalt kann als mächtiges Gegengift gegen nationalistisch übersteigerte Identitäten wirken, die wiederholt zu zerstörerischen Kriegen geführt haben. Ein Weg zu diesem Ziel könnte der interkulturelle Dialog sein.

Der interkulturelle Dialog

Der interkulturelle Dialog ist ein voraussetzungsvolles Unterfangen. Die ihn leitende Philosophie ist das Prinzip der Gegenseitigkeit, unabhängig davon, ob dieser Dialog im Inland oder im Ausland geführt wird. Der interkulturelle Dialog setzt die Fähigkeit voraus, sich in den jeweils Anderen hineinzuversetzen – was allerdings nur glücken kann, wenn die Partner des Gesprächs für die Lebensweisen und Erfahrungshorizonte des jeweils Anderen aufgeschlossen sind. Dabei geht es nicht schlicht um den Abbau von Vorurteilen auf beiden

Seiten. Gefordert ist überdies die Bereitschaft, selbstkritisch die eigene Weltansicht, die Muster des eigenen Denkens und Handelns in Frage zu stellen und sich auf einen wechselseitigen Lernprozess einzulassen, der die eigene Perspektive überschreitet. Aus dieser den interkulturellen Dialog fördernden Haltung folgt weder die moralische noch die politische Anerkennung der Denk- und Handlungsmuster des Anderen. Das Verstehenwollen anderer Kulturen verschiebt auch nicht die verfassungsrechtlichen Grenzen unserer Toleranz, die die Würde und Gleichheit aller Menschen wie deren körperliche und geistige Unversehrtheit unter Schutz stellen.

Europäische Bildungsziele

Wenn wir in Europa eine Nachbarschaft des Geistes begründen wollen, sollten wir uns auf gemeinsame Bildungsziele verständigen. Wissbegier, die Lust, sich auf die Welt einzulassen, Empathie für Menschen fremder Kulturen – all das sind Eigenschaften, die eine Vielfalt in der Einheit zu gewährleisten vermögen. Das Gleiche gilt für die Tugend der Toleranz und die Mehrsprachigkeit. Nur derjenige wird Brücken zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen bauen können, der sich mit anderen Menschen zu verständigen vermag.

Reisen bildet, heißt es so hübsch. Aber geographische Umtrieblichkeit für sich allein weitet nicht den geistigen Horizont. So mancher Mensch verbringt jahrzehntelang die Sommerferien in Mallorca und weiß gleichwohl nichts von spanischer Lebenskultur. Von einem Weltbürger erwarten wir, dass er die Lebensweisen und Lebenserfahrungen der Menschen anderer Kulturen erkundet, auf dass er sich in deren Vorstellungswelt hineinzufühlen vermag. Die Sprache ist der Schlüssel für das Verständnis der Welt. Darum lautet unsere Maxime: Mehrsprachigkeit bildet. Sprache ist nicht nur ein Mittel der Verständigung. Sprache ist Kultur.

Die Wörter sind nicht nur Bestandteile unserer Sprache, sie gleichen vielmehr einem Netz von Befindlichkeiten und Denkbahnen. Sprache ist – so Wilhelm von Humboldt – auch Ausdruck der Verschiedenheit des Denkens, jede Sprache ist »auch eine Ansicht von der Welt«, denn die verschiedenen Sprachen sehen die Welt verschieden an. Für den, der Fremdsprachen erlernt, eröffnen sich »neue Arten zu denken und zu empfinden«. Bei der Suche des Deutschen Sprachrats nach dem schönsten deutschen Wort, entschied sich eine Spanierin für »Fernweh«. Sie schrieb, dass dieses Wort das schönste deutsche Wort für sie sei, »weil es das Wort ist, das ich lebenslang gesucht habe. Bis ich angefangen habe, Deutsch zu lernen, habe ich dieses Gefühl nicht benennen können. Es ist komisch, etwas zu spüren, und kein Wort dafür zu haben.«

Wer fremde Sprachen lernt, bereichert nicht nur sein Ausdrucksvermögen, er wird zum Vergleichen und zum Nachdenken über die Eigenheiten der ei-

genen Sprache angeregt. Wie hat es Goethe so treffend gesagt: »Wer fremde Sprachen nicht lernt, kennt seine eigene nicht.«

Einsprachigkeit macht einfältig, Mehrsprachigkeit stärkt Geist und Verstand, sie schafft Zugang zu den Wissensbeständen der Welt. Die Liste der Vorzüge, die das Erlernen von Fremdsprache mit sich bringt, ließe sich mühe-los fortsetzen. Aber ziehen wir die Summe: Die Mehrsprachigkeit ist eines der fruchtbarsten Bildungsziele, wenn es darum geht, Menschen zu Weltbürgern zu machen. Auch für dieses Ziel gilt, was Peter Ustinow für die Bildung allgemein so witzig formuliert hat:

Bildung ist wichtig, vor allem wenn es gilt, Vorurteile abzubauen. Wenn man schon ein Gefangener seines eigenen Geistes ist, kann man wenigstens dafür sorgen, dass die Zelle anständig möbliert ist.

Die europäische Integration – eine entwicklungs-offener Prozess

Zusammenfassend sei festgestellt, dass die Vorzüge Europas in der Vielfalt seiner Sprachen, Kulturen und Lebensformen liegt. Es wird immer wieder darum gehen, das labile Gleichgewicht zwischen der Unterschiedlichkeit/Differenz und der Gemeinsamkeit auszutarieren. Die Offenheit und das Prozesshafte sind daher auch die Leitprinzipien der auswärtigen Kulturpolitik. Ein solches Leitbild lässt uns die Vielfalt der europäischen Kulturen entdecken, diese stärken und immer wieder aufeinander beziehen. Im Verlauf eines solchen Prozesses des Sich-Selbst-Vergewisserns kann sich ein europäisches kulturelles Selbstverständnis entwickeln, das stolz ist auf die Gemeinsamkeit und Verschiedenheit seiner Kulturen. Lassen sich mich abschließend den litauischen Lyriker Tomas Venclova zitieren, der gemeinsam mit 32 europäischen Schriftstellern im Literaturhaus Hamburg über die Signaturen des Europäischen in der europäischen Literatur nachgedacht hat. Er sagt:

Ich glaube nicht, dass es jemals eine absolut vereinheitlichte und zentralisierte Welt geben wird – nicht einmal eine europäische Republik. Ein Teil der Schönheit und Vielfalt der Welt besteht in ihren Grenzen, wenn sie nur nicht überwindlich werden. Die Kultur des Nationalstaats wird verschwinden, aber das Heimatgefühl und die Liebe für eine bestimmte Region wird es, denke ich, immer geben. Jede dieser Regionen ist ein Schnittpunkt verschiedener Kulturen, und unsere Identität wird von eben dieser Art sein, mosaikartig, aus Segmenten bestehend ...⁸

Das Bild von einem Europa als Mosaik, dessen Teile es immer wieder von neuem in Beziehung zu setzen gilt, beschreibt Europa als ein zukunfts-offenes Projekt, das jede neue Generation – den Herausforderungen der jeweiligen Epoche gemäß – fortschreiben wird.

1 Ingke Brodersen und Rüdiger Dammann, »Editorial. Auf der Suche nach einer Idee«, in: *Kafka – Zeitschrift für Mitteleuropa*, 2003 (11), S. 6.

2 Helmut Dubiel, *Ungewißheit und Politik*, Frankfurt/M. 1994, S. 106.

3 Ebenda, S. 106 f.

4 Peter Burke, *Wörter machen Leute – Gesellschaft und Sprachen in Europa der frühen Neuzeit*, Berlin 2006.

5 Peter Häberle, »Die europäischen verfassungsrechtlichen Erfahrungen der Nachkriegszeit – das Beispiel Deutschland (1045/49–1996)«, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts*, Bd. 46, S. 69–94, S. 70.

6 Heinrich August Winkler, *Was hält Europa zusammen?*, hg. von der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 2005, S. 20.

7 Andrei Pleşu, »Nostalgie und Hoffnung«, übers. von Paul Schuster, in: *Das Magazin der Kulturstiftung des Bundes*, Herbst 2003 (2).

8 Tomas Venclova, »Was kann Litauen dem Europa der Gegenwart geben?«, übers. von Claudia Sinnig, in: Ursula Keller/Ilma Rakusa (Hg.), *Europa schreibt – Was ist das Europäische an den Literaturen Europas? Essays aus 33 europäischen Ländern*, Hamburg 2003, S. 359–368, S. 367.